

Eingang am: 25. Jan. 2021

FBL:
SB Finanzen:
SG 61.1:

Team UDB:
SG 61.4:
SG 61.5:
ZVS



STADT COTTBUS
CHÓSEBUZ

Der Oberbürgermeister
untere Bauaufsichtsbehörde

Postanschrift: Stadtverwaltung Cottbus - Postfach 10 12 35 - 03044 Cottbus

Landkreis Spree-Neiße
Fachbereich Bau und Planung
Frau Strehlow
Heinrich-Heine-Straße 1
03149 Forst

Auskunft erteilt Herr Scharf
Zimmer 4.002
☎ Durchwahl 0355 612 4336
Telefax 0355 612 134336
E-Mail Juergen.Scharf@cottbus.de

Ihr Zeichen
Cottbus, 21.01.2021

Aktenzeichen 01806-2020-40

eingegangen 17.11.2020

Grundstück Cottbus, Hegelstraße 1

Gemarkung Sachsendorf
Flur 172
Flurstück 322

Vorhaben Umbau Aula und Anbau Personenaufzug (Haus I)

Baugenehmigung

Auf Ihren Antrag erteile ich Ihnen unbeschadet privater Rechte Dritter die Genehmigung, gemäß § 72 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO), das vorgenannte Vorhaben entsprechend den beigegeführten und als zugehörig gekennzeichneten Bauvorlagen auszuführen.

Die Baugenehmigung wird unter der aufschiebenden Bedingung erteilt, dass der unteren Bauaufsichtsbehörde eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung vor Baubeginn vorgelegt wird.

Die nachstehenden Auflagen (A) sind Bestandteile dieser Genehmigung. Die Hinweise (H) sind bei der Ausführung zu beachten.

- Kampfmittelbelastung** – Begründung der aufschiebenden Bedingung
Mit Schreiben (Eingangsbestätigung) vom 18.11.2020 wurden Sie darauf hingewiesen, dass eine Baugenehmigung auf Kampfmittelverdachtsflächen auf der Grundlage des § 13 BbgBO nur bei Vorlage einer Kampfmittelfreiheitsbescheinigung erteilt werden darf. Eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung wurde bisher nicht vorgelegt.

Mit der Bauausführung darf erst begonnen werden, wenn die Kampfmittelfreiheitsbescheinigung bei der unteren Bauaufsichtsbehörde vorliegt (§ 72 Abs. 7 Nr. 2 BbgBO).

Hinweise:

Das Wesen einer aufschiebenden Bedingung ist dadurch gekennzeichnet, dass sie den Beginn der Wirkung eines Bescheides von einem zukünftigen, ungewissen Ereignis abhängig macht.

Vorsorglich werden Sie darauf hingewiesen, dass die Missachtung dieser Nebenbestimmung eine Ordnungswidrigkeit nach § 85 Abs. 1 Nr. 2 BbgBO darstellt, unabhängig von einer Einstellung der Bauarbeiten (§ 79 BbgBO) auch mit einem Bußgeld geahndet werden kann.

Paketadresse und Hausanschrift

Technisches Rathaus
Karl-Marx-Straße 67
03044 Cottbus

Sprechzeiten des Fachbereiches Bauordnung

Dienstag		13.00 bis 17.00 Uhr
Mittwoch	nach Vereinbarung	
Donnerstag	9.00 bis 12.00 und	13.00 bis 18.00 Uhr
Montag und Freitag	sind keine Sprechzeiten	

Internet

<http://www.cottbus.de>

Sie erreichen uns mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Straßenbahn (Haltestelle Stadthalle) und mit dem Bus (u. a. Linie 11, 15, 16, 19 – Haltestelle Lessingstraße / Berliner Straße)
In der Tiefgarage der Spree-Galerie stehen ausreichend (gebührenpflichtige) PKW-Stellplätze (auch besondere Stellplätze für Frauen und Behinderte) zur Verfügung.

2. Prüfung des Brandschutznachweises

Der Prüfbericht vom 21.01.2021 (Az 01863-2020-50) über die Prüfung des Brandschutznachweises [Prüfung durch Frau Mandy Schulz (untere Bauaufsichtsbehörde der Stadt Cottbus)] liegt vor (§ 66 Abs. 3 BbgBO). (H)

3. Arbeitnehmerschutz

3.1 Die freien Seiten der außenliegenden Treppe müssen durch ein Geländer mit senkrecht angebrachten Stäben und einer Höhe, lotrecht über der Stufenvorderkante, von mindestens 1,00 m gesichert werden. (A)

(§ 3a Abs. 1 ArbStättV i. V. m. Ziffer 1.8 Abs. 1 Anhang zur ArbStättV und Ziffer 4.5 Abs. 7 und 9 der Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A1.8 „Verkehrswege“)

3.2 Die außenliegende Treppe muss einen Zwischenhandlauf haben, mit denen die Stufenbreite in zwei gleiche Breitenabschnitte unterteilt wird. (A)

(§ 3a Abs. 1 ArbStättV i. V. m. Ziffer 1.8 Abs. 1 Anhang zur ArbStättV und Ziffer 4.5 Abs. 10 der Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A1.8 „Verkehrswege“)

3.3 An der außenliegenden Treppe sind Maßnahmen gegen witterungsbedingte Glätte vorzusehen. (H)

(§ 3a Abs. 1 ArbStättV i. V. m. Ziffer 1.8 Abs. 1 Anhang zur ArbStättV und Punkt 4.1 Abs. 8 der Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A1.8 „Verkehrswege“)

3.4 Für erforderliche Wartungs-, Inspektions- und Instandhaltungsarbeiten (inklusive Schneeräumung und Reinigung der Dachentwässerung) sind auf dem Dach kollektive Sicherungsmaßnahmen gegen Absturz zu installieren. (H)

(§ 3a Abs. 1 ArbStättV i. V. m. Ziffer 2.1 Anhang zur ArbStättV und Ziffer 7 Abs. 2 der Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A2.1 „Schutz vor Absturz und herabfallenden Gegenständen, Betreten von Gefahrenbereichen“)

3.5 Die Aufzugsanlage ist vor Inbetriebnahme von einer zugelassenen Überwachungsstelle (ZÜS) zu prüfen. (H)

(§ 15 und Anhang 2 Abschnitt 2 Nr. 3 Betriebssicherheitsverordnung i. V. m. TRBS 1201 Teil 4 „Prüfung von Aufzugsanlagen“)

3.6 Vor der erstmaligen Inbetriebnahme der Aufzugsanlage ist dafür zu sorgen: (H)

- dass im Fahrkorb ein Zweiwege-Kommunikationssystem wirksam ist, über das ein Notdienst ständig erreicht werden kann und
- dass ein Notfallplan angefertigt und einem Notdienst vor der Inbetriebnahme zur Verfügung gestellt wird, damit dieser auf Notrufe unverzüglich angemessen reagieren und umgehend sachgerechte Hilfsmaßnahmen einleiten kann.

[§ 6 (1) Satz 2 und § 9 (1) Satz 2 Nr. 7 und Anhang 1 Nr. 4.1 Betriebssicherheitsverordnung]

3.7 Während des Schulbetriebes im bestehenden Schulgebäude sind für die Baumaßnahmen lärm- und vibrationsreduzierte Bauverfahren und Baumaschinen auszuwählen und einzusetzen.

(§§ 7, 10 Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung)

3.8 Die Baustellenbereiche sind so abzugrenzen bzw. zu sichern, dass Beschäftigte und Dritte nicht gefährdet werden. (H)

(§§ 4 und 9 Arbeitsschutzgesetz)

Hinweis zu den Rechtsvorschriften

Soweit im vorliegenden Dokument keine weiteren Hinweise erfolgten, handelt es sich bei den Rechtsvorschriften und Richtlinien um die Bekanntmachungen in der jeweils geltenden Fassung. Sie können die zitierten Rechtsvorschriften in ihren Textfassungen auf den Internetseiten

<http://www.bundesrecht.juris.de> (Bundesrecht) bzw. <http://www.bravors.brandenburg.de> und <http://www.mil.brandenburg.de> unter Planen & Bauen Rechtsquellen (Landesrecht) sowie die Satzungen der Stadt Cottbus auf <http://www.cottbus.de/abfrage/satzungen/index.pl> einsehen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Sachbescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe/Zustellung Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, zweckmäßigerweise bei dem Fachbereich Bauordnung der Stadtverwaltung Cottbus, Karl-Marx-Straße 67, 03044 Cottbus, zu erheben.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dieses Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Einlegung eines Widerspruches gegen die Kostenentscheidung hat gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) keine aufschiebende Wirkung und entbindet Sie nicht von der fristgerechten Zahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen. Auf Ihren Antrag kann der Fachbereich Bauordnung die aufschiebende Wirkung des Widerspruches ganz oder teilweise wiederherstellen. Der begründete Antrag ist beim Fachbereich Bauordnung schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift zu erklären.

Im Auftrag


Jürgen Scharf

Anlagen